

Richtigstellung zur Frage:

## **Wer bewahrte die Gemeinde vor unsinnigen Ausgaben – und wer gab das Geld sehr locker aus**

An der Gemeindeversammlung vom 21. April 2012 wurde die Frage gestellt, welche Beschwerden die Gemeinde wie viel gekostet haben. Finanzvorsteherin Claudia Räber las daraufhin die gefragten Zahlen ab einem extra vorbereiteten Spickzettel ab. Sie sagte aber nicht, welche Ausgaben der Gemeinde dank welchen Beschwerden erspart blieben. Mit den nachfolgenden Beispielen wird diese Unterlassung ein wenig kompensiert. **Fazit:** Die genannten Beschwerdeführer wurden zu Unrecht desavouiert. Im Gegenteil haben sie die Gemeinde vor teils riesigen unnützen Ausgaben bewahrt.

### **Diesen Betrag hat Walter Heusser mit seiner Beschwerde der Gemeinde eingespart**

An der Gemeindeversammlung vom 16. Dezember 2009 schraubte der Gemeinderat einen NACHKREDIT für die angebliche Planung der Tieferlegung Ost beim Projekt Umfahrung Pfäffikon über 650'000.- kurzfristig auf 170'000.- hinunter. Der Gemeinderat habe erst tags zuvor feststellen können, dass die Planungen noch nicht soweit gediehen seien und der NACHKREDIT in dieser Höhe noch nicht fällig sei.



Grund für den Meinungsumschwung in allerletzter Minute – die Korrektur gegenüber den Zahlen im gedruckten Budget wurde zu Beginn der Versammlung an die Wand projiziert – war, dass dem Gemeinderat per Buschtelefon aus Parteikreisen noch rechtzeitig zugetragen wurde, Walter Heusser werde an der Versammlung gegen diesen NACHKREDIT opponieren.

Heusser verlangte, der NACHKREDIT sei nicht der Gemeinde, sondern dem Kanton zu belasten. Gemeindepräsident Zurbuchen erklärte, es seien bei genauerer Sicht eben doch erst Planungen für 170'000.- erbracht worden. Es liege beim Gemeinderat und bei der RPK diesbezüglich ein Versehen vor. Trotzdem wurden die restlichen, noch nicht fälligen 480'000.- ins Jahr 2010 verschoben, und zwar als Projektkredit der Gemeinde.

Gegen dieses Manöver rief Walter Heusser das Verwaltungsgericht und anschliessend das Bundesgericht an. Aus den Gerichtsakten wurde ersichtlich, dass es selbst für die angeblich schon geleisteten Planungsarbeiten für 170'000.- keinerlei Belege gab. Die Justiz ging auf diesen bedenklichen Umstand aber nicht ein. Behandelt wurde einzig die Frage, ob die restlichen 480'000.- zu Recht ins nächste Jahr verschoben wurden. Nach Auffassung der Gerichte durfte dies der Gemeinderat. Dank Walter Heussers Intervention verschwanden diese 480'000.- aber nicht im Nebel der NACHKREDITE, sondern blieben der Gemeinde erhalten, weil die Planungen zur „Umfahrung Pfäffikon“ kurz danach, d.h. im Mai 2010, eingestellt wurden.

**Walter Heusser ersparte der Gemeinde dadurch mindestens Fr. 480'000.- an Geldvernichtung.**

### **Diesen Betrag hat Jürg Rückmar mit seiner Beschwerde der Gemeinde eingespart**

An der GV vom 10. April 2010 präsentierte Jürg Rückmar einen Rückweisungsantrag zum Geschäft Umzug Hauptsammelstelle und Werkhof in die Schwerzi in Freienbach. Er verlangte diverse Verbesserungen und weitere Abklärungen. Zudem sei die Hauptsammelstelle im Gwatt in Pfäffikon in keiner Weise ausgelastet.



Gemeindepräsident Kurt Zurbuchen und Gemeindeschreiber Beat Abegg wiesen diesen Antrag jedoch als ‚verkappten Ablehnungsantrag‘ ab und liessen keine Diskussion darüber zu. Dagegen reichte Jürg Rückmar Stimmrechtsbeschwerde ein, die vom Gericht aber erst nach der Urnenabstimmung behandelt wurde. Das Gericht bezog sich auf die Annahme des Geschäfts (trotz nur hauchdünnen 50,8%) und lehnte die Beschwerde ab. Erst ein paar Monate nach der Abstimmung wurde zugegeben, dass die Abfall- und Recycling-Mengen in der Gemeinde um satte 30% zurückgegangen waren. Trotzdem will der Gemeinderat

das Geschäft auf Biegen und Brechen durchziehen, und überweist schon seit Juli 2010 monatlich 31'000.- Miete an die MHW Immo AG, die Vermieterin der Halle in Freienbach. Per Ende Juni 2012 hat die Gemeinde damit bereits 744'000.- Miete ohne jeglichen Gegenwert ausbezahlt.

Im Laufe des Gerichtsverfahrens wurden weitere massive Mängel des Projekts bekannt. Deshalb reichte Jürg Rückmar im Juni 2011 eine Einzelinitiative ein mit dem Zweck, eine zweite Abstimmung zu diesem Geschäft zu erreichen. Damit sollten der Gemeinde unnötige Ausgaben von total 35 Mio. erspart werden. Die Einzelinitiative wurde vom Gemeinderat jedoch abgelehnt mit der Begründung, er habe diese „ zu früh“ eingereicht. Nachdem die gemeinderätliche Sperrfrist nun aber abgelaufen ist, steht eine zweite, gleichlautende Initiative bevor. Der Werkhof und die Hauptsammelstelle im Gwatt funktionieren nach wie vor einwandfrei.

**Jürg Rückmar ersparte der Gemeinde möglicherweise Fr. 34'256'000.- an Geldvernichtung.**

**Diesen Betrag hat das Bürgerforum mit seiner Forderung der Gemeinde eingespart**



Im Juni 2008, als die Finanzkrise schon klar erkennbar war, investierte der Gemeinderat in eigener Regie 5 Millionen Steuergelder in den Hedgefonds Dynamic Alpha von Horizon21 (Rainer-Marc Frey) und vernichtete damit insgesamt 1'720'646.75. Der Gemeindepräsident und der Gemeindeschreiber unterzeichneten einen Vertrag mit schweren Nachteilen für die Gemeinde. Sie nahmen sogar den Totalverlust in Kauf. Erst auf nachhaltigen Druck des Bürgerforums stieg der Gemeinderat per Juni 2009 aus dem Finanzanlage-Abenteuer widerwillig aus.

**Das Bürgerforum ersparte der Gemeinde Fr. 3,279'353.25 an Geldvernichtung.**

**Wie locker das Gemeindegeld sitzt, zeigen Beispiele auf den nachfolgenden Seiten.**

# Repräsentationspflichten bis zum Völlegefühl – eine lose Aufzählung

Auch im vergangenen Jahr hielt die Exekutive diverse Sondereinsätze im Interesse der Gemeinde ab.  
Die Bürger wissen das lukullische Engagement zu schätzen.

**2011** mussten diverse Mitglieder des Gemeinderates mindestens 20 Repräsentationen in ihrer Freizeit absolvieren.

Darunter fällt auch das gemeinderätliche Jahresschluss-Essen vom 16. Dezember 2011 im Hotel Panorama Feusisberg AG für bescheidene und zurückhaltende **Fr. 3'044.-**.

Wir danken dem Gemeinderat für seinen unermüdlichen Speis und Trank zum Wohle der Gemeinde und wünschen wohl gespiesen zu haben.



Der Freienbacher Gemeinderat engagiert sich auch über den Auftrag seiner Bürger hinaus. So vermittelt er ständig zwischen allen Fronten und scheut dabei keine Kosten. Für uns Steuerzahler ist es eine Ehre, wenn unsere Exekutive mit einer fürstlichen Delegation bei einem 4-tägigen Essen in Liechtenstein weilt. Gerne revanchieren wir uns, indem wir die Kosten übernehmen.

Die LGT Group ist die grösste private Private Banking und Asset Management Gruppe in Europa, die vollständig von einer Unternehmerfamilie geführt wird.

# Advokaten, Gutachter, Berater bedanken sich für die Honorare

Auch im letzten Jahr konnten diverse Geschäfte nur dank dem Einsatz selbstloser Advokaten, Gutachter, Berater und PR-Büros durchgesetzt werden.



Auch **2011** standen viele Anwälte im Solde der Gemeinde Jede Einsprache oder Beschwerde bringt neues gutes Geld. Und wieder wurde keine einzige Rechnung, z.B. wegen ihrer Höhe, korrigiert. Grosser Dank ergeht auch an die Voser Rechtsanwälte Baden für ihre Beratung zur „Umzonung Steinfabrik“ mit **Fr. 6'129.90** honoriert. Sie halfen dem Gemeinderat in gleicher Sache schon 2007 mit einem Gutachten für über Fr. 100'000.- aus.



Am meisten Beratungshonorare strich wiederum Ernst Basler+Partner ein. Für Gutachten wurde Remund+Kuster favorisiert. Die meisten Anwaltshonorare flossen an RA Daniel Landolt und RA Hans Rudolf Ziegler. Diese Kanzleien waren mit öffentlichen Aufträgen so überlastet, dass die Gerichtsinstanzen regelmässig um Fristverlängerungen ersucht wurden.

Die hohen Honorare zahlt man als Steuerzahler für das Abschmettern von Rügen aus der Bevölkerung, lassen doch die kantonalen Instanzen stets Gnade vor Recht walten, wenn es um den Schutz der Exekutive geht. Bei fast allen Beschwerden, die im rein öffentlichen Interesse vorgebracht wurden, wurde den Beschwerdeführern die Klage-Legitimation abgesprochen. Gerichtskosten und saftige Parteientschädigungen wurden ihnen dennoch überbürdet.